

33/88 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Den Sozialstaat für das Jahr 2000 vorbereiten

Mit den Beschlüssen der beiden Kleinen Parteitage nach der Sommerpause hat die CDU ihr sozialpolitisches Programm aktualisiert, sagte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sozialpolitik der CDU, Hermann-Josef Arentz, MdL, auf einer Pressekonferenz in Bonn: Mit ihren Beschlüssen weist die CDU den Weg der Sozialpolitik in die Zukunft. Tatsache ist: Wir müssen den Sozialstaat heute fit machen für das Jahr 2000.

Trotz enormer Ausgaben (Sozialbudget 1988: 658 Mrd. Mark = $\frac{1}{3}$ des gesamten Bruttosozialprodukts) zeigt der Sozialstaat heute große qualitative Lücken. Stichworte dazu sind:

- kinderfeindliche Umwelt
 - materielle Benachteiligung von Familien mit Kindern
 - ungenügende Anerkennung von Familienarbeit und häuslicher Pflege
 - unzureichender Ausbau und mangelnde Verzahnung ambulanter, teilstationärer und stationärer sozialer Dienste
 - zunehmender Pflegenotstand in Krankenhäusern und Altenpflegeheimen
 - Vernachlässigung von Selbsthilfe und ehrenamtlichen Diensten
 - Umgang unserer Gesellschaft mit Behinderten, psychisch Kranken, AIDS-Kranken
- Die Zukunft bringt für die Sozialpolitik zusätzliche Herausforderungen, aber auch Chancen. Es entsteht

HEUTE AKTUELL

● Renten

Lothar Späth: Den Generationenvertrag für die Zukunft sichern. Seite 3

● Gesundheitsreform

Brief des Bundeskanzlers an den Hartmannbund. Seite 6

● Europa

Bericht von der 3. Fachkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung zu Fragen europäischer Rechtspolitik. Seite 11

● Vereinsbesteuerung

Neuregelung tritt 1990 in Kraft. Seite 14

● Präsidium

Gespräch mit Vertretern der Bischofskonferenz. Seite 15

● Dokumentation

Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Das sozialpolitische Zukunftsprogramm der CDU. Grüner Teil

eine neue soziale Wirklichkeit. Sie ist insbesondere geprägt durch

- den drastischen Wandel im Altersaufbau der Bevölkerung: immer mehr alte Menschen, immer weniger junge Menschen
 - zunehmende Mobilität und immer kleinere Haushalte — bundesweit sind bereits heute 54 Prozent aller Haushalte Ein- und Zweipersonenhaushalte
 - Wertewandel — die Bereitschaft zum spontanen „selbstbestimmten“ Helfen wächst
 - Abnahme des Zeitaufwandes in der Erwerbsarbeit — mehr freie Zeit
- Die Antworten auf diese Herausforderungen müssen prinzipienorientiert sein:

● Solidarität und Subsidiarität sind Grundlage und Gestalt christlich demokratischer Sozialpolitik

- Soziale Ordnungspolitik verbindet Humanität und Wirtschaftlichkeit, Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit
- Nicht organisierte Interessen, wie z. B. die der Familien und Pflegenden, bedürfen einer besonderen politischen Unterstützung
- Sozialer Fortschritt verwirklicht sich mehr und mehr durch den Umbau des Sozialstaates. Soziale Leistungen müssen gezielt den wirklich Bedürftigen zugute kommen. Ohne eine Erhöhung des Gesamtaufwandes muß mehr soziale Gerechtigkeit erreicht werden.

Heiner Geißler zur Gesundheitsreform

Sieg des Bürgersinns über die Lobby

Norbert Blüm hat das schier Unmögliche geschafft. Er hat mit seinem Konzept zur Strukturreform im Gesundheitswesen eines der wichtigsten Reformwerke der Nachkriegsgeschichte durchgesetzt. Diese Reform ist ein Sieg des Bürgersinns über die Lobby und des Gemeinwohls über Einzelinteressen.

Die Gesundheitsreform ist ein Paradebeispiel dafür, was die CDU unter dem notwendigen Umbau des Sozialstaates versteht. Heute kann es nicht mehr um einen quantitativen Ausbau gehen, genauso wenig wie ein Abbau in Frage kommt. Heute geht es um einen qualitativen Umbau des Sozialstaates. Durch diese Reform wird auf der einen Seite die Kostenexplosion im Gesundheitswesen gestoppt und werden die Beiträge stabilisiert, auf der anderen Seite beginnen wir mit der Lösung eines zentralen Problems der neuen sozialen Frage, nämlich der Pflegebedürftigkeit. An beiden Zielset-

zungen haben die CDU und Norbert Blüm nicht rütteln lassen.

Die Union hat die Kraft zur Reform. Wir gehen vor mächtiger Lobby nicht in die Knie. Die Krankenversicherung war ein Treibsatz für Lohnnebenkosten. Dem setzen wir ein Ende, das sichert Arbeitsplätze und hilft den Arbeitslosen.

Wir sparen in der Krankenversicherung auch, um Solidaritätsmängel beseitigen zu können. Die bessere Hilfe bei häuslicher Pflege kommt, pünktlich wie geplant und angekündigt. Ohne die CDU, ohne Norbert Blüm hätten die Schwerpflegebedürftigen und ihre Helfer noch lange auf helfende Solidarität und Gerechtigkeit warten müssen.

Wir machen eine Reform mit sozialer Behutsamkeit. Die Härteklausel gilt nun auch für die Selbstbeteiligung bei Arzneimitteln. Der Selbstverwaltung wird ein eindeutiger Zeitrahmen gesetzt, damit die Festbeträge für die Arzneimittel schneller vorankommen und damit die Zuzahlung der Versicherten ganz entfallen kann.

Lothar Späth:

Den Generationenvertrag für die Zukunft sichern

Auch Kindererziehung und Pflege sind Lebensleistung

Auf dem „Kleinen Parteitag“ am 26. September in Bonn erklärte der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth u. a. folgendes: Alle diejenigen, die gegen die familienpolitischen Leistungen wettern und meinen, das sei ein neuer großer Hang zur sozialpolitischen Subvention, übersehen, daß diese Investitionen nichts anderes zum Ziel haben, als daß wieder mehr Kinder geboren werden. Wir müssen umdenken. Wir müssen die monetären Leistungen und die Naturalleistungen im Rentensystem zusammenbringen.

Wir müssen uns bei dem Begriff des Beitragssystems aufeinander zubewegen. Der Grundgedanke Beitrag für Rente stimmt nicht mehr uneingeschränkt. Vielmehr muß den Leuten der Generationenvertrag in seiner umfassenderen Gestaltung klargemacht werden, d. h. daß eben diese Naturalleistungen so wichtig sind.

Gegenwärtig ist es doch so, daß in unserer Gesellschaft im Grunde die Ausbeutung der Mehr-Kinder-Ehepaare durch die kinderlosen Ehepaare erfolgt. Das ist Realität; denn das kinderlose Ehepaar erwirbt einen doppelten Rentenanspruch auf Grund von Beiträgen, selber finanziert, und das Fünf-Kinder-Ehepaar bewegt sich auf der untersten Stufe der sozialen Rangordnung. Das ist Realität. **Man kann auch sagen: In unserer Gesellschaft werden die Folgen der Kinderlosigkeit sozialisiert, während die Lasten der Kinder privatisiert werden.**

Deshalb muß von uns über die notwendigen technischen Korrekturen hinaus die Aussage kommen: Wir führen die grundsätzliche Korrektur, die erst in Ansätzen mit der Anrechnung der Kindererziehungszeiten und ähnlichem erfolgt ist, ein Stück weiter. Deshalb ist für mich die Einbeziehung der Kindererziehungszeiten und der Pflege der Schlüssel, der uns in die Lage versetzt, nicht mehr allein die Erwerbsarbeit als Lebensleistung zu sehen, sondern über den monetären Beitrag, d. h. die reine Geldleistung, hinaus auch die Naturalleistungen, also Kindererziehung und Pflege. Im Rahmen des Generationenvertrages müssen wir diese Naturalleistungen anders bewerten. Erst dann werden wir in der Lage sein, dieses Problem zu lösen.

Deshalb ist es auch ganz wichtig, daß wir das in Ordnung bringen, was Rita Süsmuth gesagt hat: Bei allen Korrekturen, die wir vornehmen, darf es zum Schluß nicht dazu kommen, daß die Frauen, auf die wir immer stärker angewiesen sind, diejenigen sind, die dafür bezahlen müssen. Machen wir uns doch nichts vor: Wir reden als Männer darüber, aber den eigentlichen großen Verzicht leistet die Frau in der Gesellschaft, weil sie ihre Karriere unterbricht, wenn wir Kinder haben wollen. Wir können das verteilen, wie wir wollen, der Mann kann das nicht übernehmen. Deshalb müssen wir uns auch klar darüber sein, daß die Rentenbiographie der Frau vielfach große Lücken aufweist, einmal wegen der Natural-

leistung Erziehung und zum anderen wegen der Naturalleistung Pflege.

Das ist der Grund, warum ich so sehr darauf dränge, daß wir die Rentenbiographie der Frauen in Ordnung bringen. Wir müssen deshalb die zwei Säulen — einerseits Erwerbsarbeit mit monetärer Beitragszahlung und andererseits Naturalleistung — zur Sicherung des Generationenvertrags gleichwertiger behandeln. Das betrifft nicht nur die Rentenreform. **Vielmehr muß neben der Rentenreform die Umschichtung der Familien- und Sozialpolitik diesen Generationenvertrag wieder ein Stück weit herstellen.**

Ein weiteres, eminent wichtiges Anliegen ist uns die Absicherung der in den Familien und im Ehrenamt erbrachten Pflegeleistungen. Wenn wir die Pflege berücksichtigen, dürfen wir den Aspekt nicht vergessen, daß die freie Pflege ein Sechstel dessen kostet, was die Heimpflege kostet. Wir können das daher auch nicht nur als Bundeszuschuß sehen. Vielmehr müssen wir sagen: Diejenigen, die heute die Sozialhilfe zahlen müssen, sind doch durch eine rentenrechtliche Absicherung der Pflegepersonen besser dran. Sie zahlen als Vorsorge die Pflegebeiträge für diejenigen, die in der freien Pflege tätig sind. Dann sparen sie viel Geld, weil sie nachher nicht für die Kosten der Heimunterbringung aufkommen müssen.

Da können Sie jetzt wieder die Verbindung herstellen zur Initiative des Kollegen Albrecht: Umschichtung der Sozialkosten. Zweifellos stehen uns enorme Auseinandersetzungen zwischen den Gebietskörperschaften bevor, wer welchen Betrag aufbringt. Aber Tatsache ist, daß die Pflege eine ganz wichtige Leistung ist, die wir in unserer Gesellschaft honorieren und absichern müssen. **Und es gibt doch kein wichtigeres ethisches Gedankengut der CDU, als daß wir unsere Systeme so ordnen müssen, daß sie dieser**

freien, sozialen Gesellschaft mit ihrer Subsidiaritätskonzeption und ihrer Sozialpflichtigkeit Rechnung tragen.

Deshalb sage ich auch: Wenn solche Aufgaben durch den Bundeshaushalt oder die Länderhaushalte finanziert werden, darf man das nicht mit einer Überfrachtung der Rentenversicherung durch angeblich versicherungsfremde Leistungen verwechseln. Vielmehr benutzen wir damit die Rentenversicherung für zwei Aufgaben: einmal für die Ordnung des Generationenvertrags und zum zweiten für die Lösung von Sozialproblemen. Denn alle Untersuchungen zeigen deutlich, daß Sie die 45jährige Frau zu dieser freiwilligen Hilfe mit nichts eher gewinnen können, als durch die Verbesserung ihrer Rentenbiographie. Das ist wichtiger als Bargeld. Wenn sie nämlich heiratet, ist es in der Regel so, daß der Mann wenig heimbringt. Inzwischen bringt er mehr nach Hause, aber die Frau stellt sich die Frage: Was ist, wenn meinem Mann etwas passiert? Wir können also die Rentenversicherung auch nutzen, um das Problem der Sozialhilfe insgesamt ein Stück zu reduzieren.

Zusammengefaßt sieht unsere Konzeption zur Reform der Rentenversicherung so aus: Erstens das, was Norbert Blüm vorschlägt, und zwar ergänzt durch die beiden Pfeiler Familienerziehung und Pflege, um damit das Umdenken in bezug auf den Begriff der Lebensleistung in der Rentenversicherung einzuleiten. Als zweite Komponente dann folgender Ansatz: Durch diese Fortentwicklung des Rentensystems wird eines Tages die Hinterbliebenenversorgung obsolet. Damit werden eigene Ansprüche der Frauen begründet und eine neue Qualität der Zukunftssicherung der Gesellschaft eingeleitet.

Dann möchte ich gerne, daß wir weiter darüber nachdenken, wie diese Elemente

weiterentwickelt werden können, so daß wir — sagen wir: in acht oder zehn Jahren — eine weitere Korrektur unter den Gesichtspunkten vornehmen können, die ich genannt habe. Dann bin ich davon überzeugt, daß wir erstens den Rentnern das Versprechen sicherer Renten halten können, daß wir uns zweitens an die bisher genannten Zeitrahmen halten können mit der Maßgabe, bereits jetzt weiter darüber nachzudenken, wie die nächste Generation mit dem Problem fertig wird. Schließlich werden wir dann auch die Gesellschaft wachrütteln können, damit sie von diesen Problemen Kenntnis nimmt.

Ich meine, es gehört zur Ehrlichkeit, daß wir draußen nicht sagen, wir hätten jetzt für Enkel und Urenkel alles gesichert. Vielmehr müssen wir den Menschen klarmachen, um welch ein schwieriges Feld es sich hier handelt, wie schwierig es ist, eine neue Sozialpolitik in einer modernen Gesellschaft der Zukunft zu finden.

Aber eines ist sicher: Außer uns hat sich niemand diesem Problem gestellt. Wir lösen das gemeinsam. Ich denke, wir sind auf dem richtigen Wege.

Kein Gesetz zum Schutz „wilder Ehen“

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion lehnt einen gesetzlichen Schutz für nichteheliche Lebensgemeinschaften ab. Wenn zwei Menschen jede eherechtliche Bindung ablehnten, dürfe der Staat ihnen nicht ein „eheähnliches Regelungssystem überstülpen“, sagte Fraktionsjustitiar Langner in einem Zeitungsinterview. Dadurch würde zudem der verfassungsrechtliche Schutz von Ehe und Familie entwertet.

Deutsche Wirtschaft gut in Form

Die neuesten Ergebnisse unserer Exportwirtschaft sind Ausdruck einer insgesamt guten Verfassung der deutschen Unternehmen. Mit einem Plus von 44,2 Mrd. DM (= 23 Prozent) im August 1988 gegenüber dem Vorjahresmonat steuert der deutsche Export auf eine Rekordmarke für das Gesamtjahr 1988 zu.

Damit fügt sich ein weiterer Mosaikstein in das Bild einer günstigen Wirtschaftsentwicklung:

- + 3,9 Prozent Wachstum im 1. Halbjahr
- + 7 Prozent mehr Aufträge in der Industrie (Januar—Juli 1988)
- + 3,5 Prozent bei der Produktion im verarbeitenden Gewerbe (Januar—Juli 1988)
- + 4,6 Prozent höhere Inlandsnachfrage im 1. Halbjahr
- + 110.000 mehr Arbeitsplätze (Januar—Juli 1988)

(Zahlen jeweils im Vergleich zum Vorjahreszeitraum)

Der Ifo-Konjunkturtest ist so gut wie seit 2½ Jahren nicht mehr und die Deutsche Bundesbank konstatiert beim Wirtschaftsklima einen „grundlegenden“ Wandel zum Positiven (Monatsbericht für September 1988).

Damit sind die Zweckpessimisten Lügen gestraft. Die Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs, stellt MdB Matthias Wissmann fest.

Günstige Entwicklung der Rentenfinanzen

Die Reserven der Rentenversicherungsträger stiegen 1987 von 17,2 auf 20,9 Mrd. DM an, obwohl der Beitragssatz Anfang 1987 von 19,2 auf 18,7 Prozent gesenkt wurde.

Brief des Bundeskanzlers an den Hartmannbund

Bundeskanzler Helmut Kohl sandte an den Vorsitzenden des Hartmannbundes, Prof. Dr. med. Horst Bourmer, Baden-Baden, anlässlich der Jahreshauptversammlung des Verbandes folgendes Schreiben:

„Sehr geehrter Herr Professor Bourmer, den Ärzten und Gästen der Hauptversammlung des Hartmannbundes übermittle ich meine herzlichen Grüße. Ich weiß um den schweren und verantwortungsvollen Dienst, den die Ärzte in unserer Gesellschaft leisten. Sie sind für ihre Mitmenschen da und suchen zu helfen, wann und wo immer sie gebraucht werden. Dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung. Mit Recht genießen die Ärzte hohes Ansehen. Damit ist auch eine Verpflichtung verbunden. Ich habe aus aktuellem Anlaß Grund zu diesem Hinweis.

Bislang bin ich davon ausgegangen, daß der Hartmannbund entsprechend seiner eigenen Zielsetzung kritisch aber konstruktiv an der notwendigen Strukturreform im Gesundheitswesen mitwirkt und bereit ist, Streitfragen in fairer und sachlicher Form auszutragen. Mit Blick auf die jüngste Plakataktion stelle ich bedauernd fest, daß der Vorstand des Hartmannbundes in seiner Öffentlichkeitsarbeit in unerträglicher Weise Absichten der Bundesregierung verfälscht.

Ich erwähne hier nur beispielhaft:

— Wenn Sie behaupten, daß die Krankenkassenbeiträge im nächsten Jahr „drastisch steigen“ werden, so übertreiben Sie nicht nur sehr, sondern Sie verschweigen auch, daß der Anstieg eine Folge der ungebremsten Ausgabenentwicklung dieses Jahres ist. Denn nach Inkrafttreten der Reform

werden die Beitragssätze in der Krankenversicherung sinken.

— Wenn Sie behaupten, die Ärzte dürfen künftig nur noch bis zu einem Höchstbeitrag verschreiben, entspricht dies nicht den Tatsachen. Jeder Arzt kann und soll auch in Zukunft das verschreiben, was medizinisch notwendig ist. Zum Schutz der Solidargemeinschaft wird allerdings geprüft, ob die ärztlichen Verordnungen wirtschaftlich und notwendig sind.

— Wenn Sie behaupten, kinderreiche Familien würden durch die vorgesehenen Zuzahlungen mehr belastet als andere, dann ist dies irreführend. Richtig ist vielmehr, daß die Einkommensgrenze, bis zu der überhaupt keine Zuzahlungen zu leisten sind, um so höher ist, je mehr Kinder eine Familie hat.

— Wenn Sie behaupten, daß Milliarden von Intimdaten der Patienten gespeichert und kontrolliert würden, so ist dies eine infame Unterstellung. Tatsache ist, daß die Speicherung patientenbezogener Daten der Wirtschaftlichkeitsprüfung bei den Ärzten dient. Sie ist nur unter Einhaltung enger datenschutzrechtlicher Bestimmungen zulässig und bleibt auf das zur ordnungsgemäßen Durchführung der Krankenversicherung unerläßliche Mindestmaß beschränkt.

Und noch eines: Wenn sich der Hartmannbund als Ärzteverband zum Thema Steuerreform äußert, dann sollte er bei den Tatsachen bleiben und nicht verschweigen, daß im Gegensatz zu seinen Behauptungen in besonderer Weise kinderreiche Familien und Geringverdienende begünstigt werden. Damit kein Mißverständnis aufkommt: Ich wende mich nicht dagegen, daß der Hartmannbund Kritik am Entwurf eines

Gesundheitsreform-Gesetzes übt. Ich begrüße auch, daß sich der Verband für die Belange der Patienten einsetzt. Aber ich halte es für einen Skandal, wenn die Vertrauensstellung des Arztes gegenüber dem Patienten mißbraucht werden soll, um mit Hilfe falscher beziehungsweise irreführender Behauptungen verbandspolitische Interessen durchzusetzen. Die versuchte Politisierung der Wartezimmer ist nach meiner Überzeugung mit der Würde und dem Ethos des Arztes unvereinbar.

Die Bundesregierung unternimmt notwendige Schritte, um den dramatischen Anstieg der Gesundheitskosten zu dämpfen. Sie schafft die Grundlage, um auch für die Zukunft unser modernes Gesundheitssystem zu sichern und die freie ärztliche Berufsausübung zu gewährleisten. Ich bin deshalb überzeugt, daß der Hartmannbund mit dieser Aktion der Ärzteschaft in der Bundesrepublik Deutschland einen schlechten Dienst erweist.

Ich bedaure, daß ich Ihnen zur Hauptversammlung diesen Brief schreiben muß. Aber vielleicht bietet Ihre Tagung einen Anlaß, über diese Aktion noch einmal nachzudenken.“

JU fordert Freilassung inhaftierter deutscher Ärzte

Der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Christoph Böhr, fordert von der afghanischen Regierung die unverzügliche Freilassung der beiden vor knapp einem Monat in Afghanistan inhaftierten deutschen Ärzte des Komitee Cap Anamur. In einem Schreiben an Michail Gorbatschow fordert Christoph Böhr den sowjetischen Staats- und Parteichef auf, bei der afghanischen Regierung auf die Freilassung der beiden Ärzte zu drängen.

9. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch

10 Jahre Grundsatzprogramm der CDU

1978 hat die CDU auf dem 26. Parteitag in Ludwigshafen ihr Grundsatzprogramm verabschiedet. Aus diesem Anlaß lädt Generalsekretär Heiner Geißler zu einem Gespräch am Mittwoch, dem 2. November 1988, 11.00 Uhr ins Konrad-Adenauer-Haus in Bonn ein.

„10 Jahre Grundsatzprogramm der CDU — Politisches Fundament auch für die 90er Jahre?“, lautet das Thema der Diskussion, an der unter der Leitung von Ministerpräsident Ernst Albrecht u. a. teilnehmen werden:

Ministerialdirektor Dr. Meinhard Ade, Bundespräsidialamt, Sekretär der Grundsatzprogrammkommission 1973 bis 1977; Dr. Georg-Paul Hefty, Frankfurter Allgemeine Zeitung;

Werner Holzer, Chefredakteur der Frankfurter Rundschau;

Prof. Dr. Wolfgang Jäger, Universität Freiburg;

Roland Koch MdL, Vorsitzender der JU-Grundsatzprogrammkommission 1984 bis 1987;

Dr. Dieter Murmann, Vorsitzender des Wirtschaftsrats der CDU e.V.;

Bundesministerin Rita Süssmuth, stellv. Bundesvorsitzende, Vorsitzende der Frauenunion der CDU;

Bundesumweltminister Klaus Töpfer.

Der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, wird das Gespräch einleiten.

Interessenten wenden sich an
**CDU-Bundesgeschäftsstelle
Hauptabteilung Organisation
Konrad-Adenauer-Haus**

5300 Bonn 1

Telefon (02 28) 54 43 31

Soziale Korrekturen am Gesundheitsreformgesetz

Wenn der Afa-Vorsitzende, Rudolf Dreßler, Bundestagsabgeordneter der SPD, für die aus sozialer Sicht wichtige Korrekturen des ursprünglichen Gesundheitsreformgesetz-Entwurfes nur den Kommentar übrig hat, dies sei „eine einzige Liste von Gemeinheiten“, dann ist das Volksverdummung, erklärte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heribert Scharrenbroich.

Es ist selbstverständlich, daß die jetzt vorgenommenen bedeutsamen sozialen Korrekturen Mehreinnahmen oder Einsparungen an anderer Stelle erforderlich machen, um das ursprünglich beabsichtigte Einsparziel weiterhin zu erreichen. Natürlich fällt es uns schwer, hinzunehmen, daß ab dem 1. Januar 1991 in den ersten vierzehn Tagen eines Krankenhausaufenthaltes zehn DM statt fünf DM täglich gezahlt werden müssen.

Mit ihren jüngsten Beschlüssen hat aber die christlich-liberale Koalition am Gesundheitsreformgesetz aus sozialer Sicht wichtige Korrekturen vorgenommen.

Für uns sind dies vor allem:

- Sterbegeld für alle,
- höherer Zuschuß beim Zahnersatz (60 statt 50 Prozent, mit der Möglichkeit, diesen Zuschuß bei zehnjähriger Vorsorge auf 65 Prozent aufzustocken),
- Ausdehnung der Härteklausel auf Arznei- und Heilmittel,
- Beginn der prozentualen Selbstbeteiligung für vom Festbetragssystem noch nicht erfaßte Medikamente erst 1992,
- größere Kostenübernahme beim Einsatz von Rettungswagen.

Für die Sicherung der Arbeitsplätze in der pharmazeutischen Industrie ist die stärkere Berücksichtigung des Patentschutzes von Bedeutung. Die Koalition hat mit ihren Korrekturbeschlüssen auf die Diskussion des Gesetzentwurfes in der Öffentlichkeit und vor allen Dingen an der Parteibasis reagiert.

Wichtig ist uns vor allem: Bundesarbeitsminister Norbert Blüm wird mit den jüngsten Beschlüssen der Koalition sein Ziel erreichen, daß im Gesundheitssektor 14 Milliarden DM pro Jahr gespart werden und davon die Hälfte wieder zur Entlastung der häuslichen Pflege für Schwerpflegefälle und zur Prävention verwendet wird.

Mit der Entlastung pflegender Familienmitglieder, also mit dem Abbau der 100prozentigen Selbstbeteiligung bei der häuslichen Pflege, ist ein zentraler Reformansatz erhalten geblieben, wie er von der Arbeitnehmergruppe von Anfang an als Voraussetzung für ein Gesundheitsreformgesetz gefordert worden war.

Berliner CDU nominiert Dieppen als Spitzenkandidat

Der Landesausschuß der Berliner CDU hat am 14. Oktober 1988 den Regierenden Bürgermeister Eberhard Dieppen einstimmig zum Spitzenkandidaten seiner Partei für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus nominiert. Ebenfalls einstimmig verabschiedete der Landesausschuß das Wahlprogramm der CDU.

Mißachtung der Menschenrechte belastet die Beziehungen

Schon zum zweiten Mal in diesem Jahr gab es Anlaß für den Deutschen Bundestag, sich in einer aktuellen Stunde mit schwerwiegenden und besonders beunruhigenden Vorgängen in der DDR zu befassen. Jeder Vorwurf, dies sei eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates, ist abwegig und geht an den Gegebenheiten vorbei, erklärte Dorothee Wilms, MdB Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen.

In der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR leben die Angehörigen eines geteilten Volkes; es sind die Menschen in beiden Staaten, die aufeinander schauen und die Anteil am Schicksal der getrennt lebenden Landsleute nehmen.

Niemanden kann es unberührt lassen, was in der DDR geschieht — am allerwenigsten uns Politiker, und insoweit hängen auch die Qualität der innerdeutschen Beziehungen und die jeweilige Situation in der DDR miteinander zusammen. Es wäre unrealistisch zu meinen, man könne dies sozusagen „entkoppeln“.

Die Mißachtung von Menschenrechten in der DDR wirkt sich daher ganz unmittelbar belastend auf die Gesamtbeziehungen der beiden Staaten in Deutschland aus. Beispiele dafür bieten der Umgang der DDR-Staatsmacht mit den dialog-suchenden, kritischen Bürgern und die Behandlung unserer in der DDR arbeitenden Journalisten.

Die Bundesregierung kritisiert, daß unsere Journalisten in der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit in der DDR behindert — ja eingengt und körperlich bedrängt werden.

Diese Praktiken verstoßen gegen den Briefwechsel vom 8. November 1972 über die Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten, sie verstoßen gegen Verpflichtungen auch der DDR aus der KSZE-Schlußakte, und sie stehen in krassem Widerspruch zu Buchstaben und Geist des gemeinsamen Kommuniqués über den Besuch von Generalsekretär Honecker in der Bundesrepublik Deutschland vom vergangenen Jahr.

Im Kommuniqué wird die große Bedeutung einer umfassenden sachlichen Information durch Presse, Funk und Fernsehen für die weitere Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen unterstrichen. Dementsprechend sagte auch die DDR zu, den Journalisten bei der Ausübung ihrer Tätigkeit „größtmögliche Unterstützung“ zu gewähren. Bei den hier diskutierten Praktiken war das Gegenteil der Fall!

Was nun das Vorgehen der DDR-Staatsorgane gegen Bürger und insbesondere auch Christen, die sich für Dialog und verantwortungsbewußte Mitgestaltung engagieren, und die Zensur von Kirchenzeitung betrifft, so verfolgen wir dies mit Betroffenheit und wachsender Besorgnis. Die Menschen in der DDR, die öffentlich für ihr Recht auf Meinungsäußerung eintreten, fordern selbstverständliche Menschenrechte ein; sie wollen nicht Kra- walle und nicht „Randale“!

Die Verweigerung des öffentlichen Dialogs über Probleme der DDR-Gesellschaft und über die Sorgen und Zukunftsperspektiven der Menschen durch die DDR-Führung muß zunehmend zu Konflikten führen, die mit Zwangsmaßnahmen nicht zu lösen sind; denn diese Ver-

weigerungshaltung der Staatsmacht löst ja nicht die Probleme und Sorgen, sondern staut im Gegenteil unter den Menschen Verbitterung, Hoffnungslosigkeit und Resignation auf.

Für die Bundesregierung stehen die Menschen im geteilten Deutschland im Vordergrund. Deshalb tritt sie dafür ein, das innerdeutsche Verhältnisse konstruktiv und zum gegenseitigen Nutzen weiter zu entwickeln; sie hat ihren guten Willen dazu bis in die letzte Zeit hinein auch praktisch unter Beweis gestellt. Notwendig ist allerdings, daß die Voraussetzungen für die von uns gewollte positive Entwicklung gegeben sind.

Vorwürfe des Mieterbundes zurückgewiesen

Zurückgewiesen hat Bundesbauminister Oscar Schneider Vorwürfe des Deutschen Mieterbundes, der Bund sei für den Rückgang des Mietwohnungsbaus in den vergangenen Jahren verantwortlich. Die Entwicklung im Mietwohnungsbau werde bestimmt durch die Nachfrage nach Mietwohnungen am Markt. Dirigistische Eingriffe des Staates, wie der Mieterbund sie immer wieder fordere, könnten daran nichts ändern. Im Gegenteil, die Erfahrung zeige, daß es gerade staatliche Eingriffe seien, die Investoren vom Mietwohnungsbau abhielten.

Die Nachfrage nach Mietwohnungen sei in den vergangenen Jahren stark rückläufig gewesen. Dies habe zu Leerständen und einem zeitweisen Überangebot am Markt geführt. Diese Entwicklung sei aber inzwischen gestoppt. Ansteigende Realeinkommen hätten zu einer verstärkten Nachfrage nach Mietwohnungen geführt. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres sei die Zahl der neu genehmigten Mietwohnungen gegenüber dem Vorjahr um 11 Prozent angestiegen.

Wir sind die Bundesrepublik Deutschland

Zu dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg zum Gebrauch des Kürzels „BRD“ erklärt der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Eduard Lintner:**

Für die CDU/CSU und die Bundesregierung heißt unser Staat nach wie vor Bundesrepublik Deutschland und nicht „BRD“. Daran ändert auch ein verwaltungsrichterliches Urteil nichts. Deutschland ist heute zwar staatlich geteilt, aber es existiert weiter. Das sollte auch in unserer Sprache zum Ausdruck kommen. Das Urteil des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofes in Sachen Abkürzung „BRD“ hat keine generelle Bedeutung: Es ging um einen speziellen Fall, nämlich die Verwendung dieser Abkürzung in einer Prüfungssituation, die nicht zuletzt — was jeder nachempfinden kann — durch Zeitnot gekennzeichnet ist. Das Urteil kann deshalb nicht bedeuten, daß wir von nun an die Bundesrepublik Deutschland mit dem despektierlichen Kürzel „BRD“ bezeichnen.

Die Ereignisse der letzten Tage in Ost-Berlin haben erneut deutlich gemacht, wie sehr sich der Polizei-Staat DDR von der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet. Der Kürzel-Staat DDR sollte nicht dadurch aufgewertet werden, daß wir uns als der freiheitliche Staat in Deutschland jetzt auch auf drei Buchstaben reduzieren lassen. Es bleibt dabei: Wir heißen nicht „BRD“; wir sind die Bundesrepublik Deutschland.

Wille zur europäischen Union bekräftigt

Mit einem Plädoyer zur Schaffung der Europäischen Union ging am 4. Oktober 1988 im Reichstag in Berlin eine der herausragenden europapolitischen Konferenzen dieses Jahres zu Ende. Auf der 3. Fachkonferenz zu Fragen europäischer Rechtspolitik, die die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament veranstaltete, warnte der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Siegbert Alber davor, auf der Stufe einer Wirtschaftsgemeinschaft stehen zu bleiben. Europa dürfe nicht nur ein Zweckbündnis zur Erledigung einiger supranationaler Aufgaben werden, sondern müsse sich in jedem Fall zu einer politischen Union entwickeln.

Nach Auffassung Albers kann das künftige Europa nur ein Bundesstaat sein. Entscheidend dafür sei eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen der EG und den Mitgliedstaaten. Die Rolle der Regionen bzw. Länder oder Provinzen innerhalb der Mitgliedstaaten müsse neu definiert werden. Sie sollten an der Ausgestaltung der europäischen Politik mitwirken können. Kriterium für die Kompetenzzuweisung könne nur das Subsidiaritätsprinzip sein.

Während eine europäische Regierung, die vom Europäischen Parlament gewählt und kontrolliert werden müsse, erst langfristig notwendig sei, ist die Demokratisierung der Gesetzgebung nach Auffassung Albers vordringlich. Kritik übe Alber auch an der Beschlußfassung im Ministerrat. Die Regel der Einstimmigkeit sei aufzuheben.

Bundesminister **Rupert Scholz** wies in seinem Eröffnungsvortrag auf die einigende Kraft der Rechtsstaatsidee hin. Sie sei die Basis, auf der sich die Integration hin zur Europäischen Union vollziehen könne, und sei wie keine andere Idee geeignet, dem Defizit an Identifizierung des Bürgers mit Europa zu begegnen.

Die europäische Politik habe ganz ohne Zweifel an Schubkraft gewonnen, die sich gegenwärtig vor allen Dingen am Projekt des Binnenmarktes widerspiegeln. Durch den Binnenmarkt werde Europa nicht nur näher zusammenrücken, sondern Europa werde auch für den einzelnen Bürger mit seinen Rechten und Pflichten direkter spürbar werden. Durch den Wegfall der Schranken entstehe die Notwendigkeit, Rechtsgrundlagen zu schaffen, die in vielen Bereichen tiefe Einschnitte in die Rechte der Bürger ermöglichen. „Das bedeutet konkret“ — so Scholz —, „daß wir Anstrengungen zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Rechtspolitik unternehmen müssen.“

Je mehr Europa aber mit seiner Rechtsordnung an den einzelnen heranrückt, desto höher werden nach Scholz' Auffassung auch die rechtsstaatlichen Ansprüche, die der Bürger an Europa und seine Institutionen stellt. Die Gemeinschaft dürfe aber nicht überfordert werden. Sie werde noch auf lange Zeit hin nicht das entscheidende Identifikationszentrum für den einzelnen sein. Der Nationalstaat stelle für den einzelnen immer noch die wichtigste wertbestimmende institutionelle Größe dar. Die Menschen in Westeuropa fänden am ehesten zu einer europäischen Identität, wenn es gelingt klar-

zumachen, daß Europa genauso Garant für die demokratischen und rechtsstaatlichen Errungenschaften sein kann wie die Nationalstaaten.

Bundesminister Scholz ließ vor dem hochrangigen internationalen Teilnehmerkreis keinen Zweifel daran, daß Wiedervereinigung und europäische Integration nebeneinander zu verfolgende Ziele sind. Es dürfe nicht vergessen werden, daß die Bundesrepublik Deutschland auch im Falle eines vereinten Europas rechtlich offen bleiben müsse gegenüber dem erstrebten Zuwachs um andere Teile Deutschlands. Rupert Scholz wörtlich: „Europäische Einigung und deutsche Wiedervereinigung bzw. Überwindung der deutschen Teilung stellen jedoch keine Gegensätze dar. Letztlich ist die deutsche Frage nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung zu lösen, die ihrerseits vor allem die Prinzipien von Freiheit und Selbstbestimmung wahrt. Freiheit und Selbstbestimmung sind aber zentrale Grundsätze von freiheitlicher und demokratischer Rechtsstaatlichkeit. Wie sehr die Menschenrechte, wie sehr die Grundsätze von Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung nach wie vor gerade im anderen Teil Deutschlands, gerade hier an der Mauer in Berlin, täglich verletzt und unterdrückt werden, weiß ein jeder. Aus diesem Grunde kann der Ruf nach dem europäischen Rechtsstaat und seiner integrationsstiftenden Kraft nicht an der Berliner Mauer enden.“

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, **Eberhard Diepgen**, würdigte in einem Grußwort die Bedeutung der Vollendung des Binnenmarktes und forderte, daß der Binnenmarkt nicht zu einer Abschottung nach außen führe, zu einer Innensicht, die die weltwirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge außer acht lasse. Europa braucht — so Diepgen — Visio-

nen: Keine Visionen, die sich im Abbau von Butterbergen und Milchseen erschöpfen, sondern Visionen eines geeinten Europas. „Wir brauchen Visionen, die Grenzen überspringen. Der konzentrische Blick auf Brüssel und Straßburg darf dort nicht verharren. Er muß auch nach Warschau, Prag und Budapest schweifen.“

Ausführlich setzte sich der für Wettbewerb und Binnenmarkt zuständige irische EG-Kommissar **Peter Sutherland** mit der Bedeutung der Vollendung des Binnenmarktes für die Zukunft Europas auseinander. Die Jahreszahl 1992 sei binnen kurzer Zeit zu einem Markensymbol geworden, an dem sich jederman orientiere. Endlich werde der EWG-Vertrag, wesentlich verbessert durch die Einheitliche Europäische Akte, in die Tat umgesetzt. Dies führe zwangsläufig in Richtung auf eine politische Union. Der angestrebte Binnenmarkt werde weitreichende Konsequenzen für das Europäische Parlament haben. Es müsse die demokratische Kontrolle über den künftigen großen Wirtschaftsraum übernehmen. Daran anknüpfend rügte **Rudolf Luster**, Vorsitzender der Deutschen Gruppe in der EVP-Fraktion, den derzeitigen Demokratiemangel in der Europäischen Gemeinschaft. Trotz erheblicher Veränderungen durch die Einheitliche Europäische Akte könne nicht von einer durchgreifenden Verbesserung der Legislativkompetenzen des EP gesprochen werden. Das Europäische Parlament bestehe auf der parlamentarischen Mitentscheidungsbefugnis, da die Grundsätze der Demokratie dies geböten. „Sie ist das Bollwerk unserer Freiheit“, erklärte Luster.

Frau Prof. **Elisabeth Noelle-Neumann** warnte vor einem gefährlichen Mangel der Bürger an Informationen über die Europäische Gemeinschaft. In einer Umfrage hätten sich nur elf Prozent der

deutschen Bevölkerung über die Pläne für 1992 als gut informiert bezeichnet; 80 Prozent hätten gesagt, sie seien weniger gut oder schlecht informiert.

Fast zwei Fünftel der Deutschen hätten nichts von der deutschen EG-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1988 gehört. Der Sondergipfel in Brüssel mit seinen bahnbrechenden Beschlüssen sei nur wenig positiver beurteilt worden als das mißlungene Gipfeltreffen in Kopenhagen im Spätherbst 1987.

Zwischen der guten Information über die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und Optimismus im Blick auf die Zukunft Europas bestehe ein enger Zusammenhang. Da ein Informationsvakuum immer unberechenbare Entwicklungen bedeute, müsse es dringend beseitigt werden.

Weitere Redner auf dieser Fachkonferenz waren der italienische Finanzminister Emilio Colombo, der Vorstandsvorsitzende des niederländischen Konzerns STORK, Dr. Feyo von Sickinghe, der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Dr. Egon Klepsch, sowie der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Bruno Heck, der in seiner Begrüßungsansprache hervorhob, daß Europa als politische Gemeinschaft durch die Ergebnisse während der deutschen Ratspräsidentschaft ein gutes Stück nähergerückt sei.

Investitionsrekord der Post in Nordrhein-Westfalen

Allein im Fernmeldewesen investiert die Bundespost 1988 616 Mio. DM mehr als 1987. Das nützt insbesondere dem Tiefbau, der Kabelindustrie und dem Hochbau. Die Post übertrifft damit sogar noch ihre Zusage, in NRW in diesem Jahr 500 Mio. DM mehr als zunächst geplant zu investieren.

Zitat

„Wir schlürfen die Katastrophen wie die Cocktails und richten uns, sozial gesichert, manchmal sogar beamtenhaft abgestützt, im Untergang ein. Das neue Gesellschaftsspiel heißt: Titanic im Trockendock.“
(Norbert Blüm)

Zehn Millionen Mark zur Erhaltung des Regenwaldes

Der westafrikanische Staat Ghana erhält von der Bundesrepublik zehn Millionen Mark für die Erhaltung seines tropischen Regenwaldes und dessen ökologisch sinnvolle Bewirtschaftung. Wie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn mitteilte, sind diese zehn Millionen Bestandteil des Entwicklungshilfeabkommens 1988 mit Ghana, das insgesamt 57 Millionen Mark an zinsgünstigen Krediten vorsieht.

Verbesserungen im öffentlichen Dienst

Die Bundesregierung hat beschlossen, die mit den Sparbeschlüssen von 1983 in einigen Gruppen abgesenkte Eingangsbesoldung wieder anzuheben. Für die Gruppen A 9 und A 10 des mittleren Dienstes soll die Eingangsbesoldung vom 1. Januar 1989, für den höheren Dienst vom 1. Januar 1990 an wieder steigen. Für beamtete Meister und staatlich geprüfte Techniker soll das Eingangsamt der Besoldungsgruppen A 5 und A 6 unter bestimmten Voraussetzungen angehoben werden. Im einfachen Dienst soll ein neues Spitzenamt in der Besoldungsgruppe A 5 mit Amtszulage eingerichtet werden. Für Anwärter in Bereichen mit erheblichem Bewerbermangel sind Anwärtersonderzuschläge vorgesehen. Das gilt z. B. für den technischen Dienst der Bundespost.

Neuregelung der Vereinsbesteuerung tritt 1990 in Kraft

Entsprechend einer Koalitionsabsprache und dem Brief des Bundeskanzlers vom 1. Juni 1988 an den Deutschen Sportbund wird die Bundesregierung in den kommenden Monaten einen Gesetzentwurf zur Verbesserung und Vereinfachung der Vereinsbesteuerung — Vereinsförderungsgesetz — vorlegen. Das Gesetz soll 1990 zeitgleich mit der Steuerreform in Kraft treten.

Der Parlamentarische Staatssekretär Häfele teilte dazu mit, daß folgende Verbesserungen vorgesehen sind:

- Neben dem Sport und der Pflanzen- und Kleintierzucht sind auch ähnliche Vereinszwecke gemeinnützig.
- Für die wirtschaftlichen Aktivitäten der Vereine wird eine Besteuerungsgrenze von 60.000 DM Umsatz eingeführt, bis zu der keine Körperschaft- und Gewerbesteuerpflicht besteht. Für die Zweckbetriebseigenschaft der sportlichen Veranstaltungen wird darüber hinaus eine Zweckbetriebsgrenze von ebenfalls 60.000 DM eingeführt. Die Vereine haben das Wahlrecht, jeweils für fünf Jahre auf die Zweckbetriebsgrenze zu verzichten und statt dessen den bisherigen § 67 a Abgabenordnung anzuwenden.
- Darüber hinaus werden bei der Körperschaft- und Gewerbesteuer die bisherigen Freibeträge oder Freigrenzen von 5.000 DM jeweils auf einen Freibetrag von 7.500 DM angehoben.
- Vereine unterhalb der Besteuerungsgrenze von 60.000 DM können sich für jeweils fünf Jahre für eine pauschalierte Umsatzsteuer von 7 Prozent entscheiden.
- Wie schon entschieden, müssen die

gemeinnützigen Vereine die kleine Kapitalertragsteuer nicht tragen.

- Die gemeinnützigen Stiftungen kommen ebenfalls in den Genuß der Verbesserungen und Vereinfachungen.

Darüber hinaus sind weitere Erleichterungen für die Stiftungen vorgesehen: Sie können statt einem Viertel künftig bis zu einem Drittel ihres Einkommens für den Unterhalt des Stifters verwenden. Wie bis 1977 soll die Bewirtschaftung von Forstbetrieben von Stiftungen von der Körperschaft- und Vermögensteuer befreit sein. Das Vereinsförderungsgesetz bringt eine großzügige Verbesserung und durchgreifende Vereinfachung für etwa 95 Prozent der Vereine. Damit erhalten die Vereinsverantwortlichen eine starke Erleichterung in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit.

Kindererziehungsleistung

Vom 1. Oktober an erhalten rd. 920.000 Mütter der Geburtsjahrgänge 1907 bis 1911 wie seit Herbst letzten Jahres schon die vor 1907 geborenen Mütter die neue Kindererziehungsleistung. Insgesamt kommen jetzt 1,75 Mio. Mütter in den Genuß dieser Leistung, im Schnitt rd. 70 DM im Monat.

Flächenstillegung läuft gut an

Zur Stillegung landwirtschaftlicher Flächen stehen jährlich 263 Mio. DM Zuschüsse zur Verfügung. Bis jetzt liegen für 90 000 ha Anträge vor. Mit den gesamten Zuschüssen können rd. 250 000 ha bei einer gesamten Ackerfläche in der Bundesrepublik Deutschland von 7,2 Mio. ha stillgelegt werden.

Präsidium der CDU sprach mit Vertretern der Bischofskonferenz

Der umfassende Schutz des Lebens, die Verantwortung für Umwelt und Schöpfung, die Situation der Aussiedler und Fragen im Zusammenhang mit der europäischen Einigung waren Gegenstand eines Gesprächs zwischen Vertretern der Deutschen Bischofskonferenz und des Präsidiums der CDU am 12. Oktober in Bonn unter Leitung des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Dr. Karl Lehmann, und des Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

Die Vertreter der Bischofskonferenz hatten eingangs gewürdigt, daß die CDU auf ihrem Parteitag in Wiesbaden den Schutz des menschlichen Lebens zum Thema gemacht und weitreichende Beschlüsse gefaßt habe. Es gehe um eine positive Einstellung zum Kind und darum, Frauen und Müttern tatkräftig zu helfen. In diesem Zusammenhang begrüßten die Bischöfe ausdrücklich die umfassenden Leistungen der Bundesregierung für die Familien. Die Vertreter des CDU-Präsidiums wiesen auf eine Informationsaktion hin, die bereits begonnen hat und zu einer positiven Einstellung zum Kind und zum Leben beitragen soll. Beide Seiten bekräftigten ihren Willen, weiterhin nachdrücklich das Bewußtsein in unserer Gesellschaft dafür zu schärfen, daß eine Abtreibung die Tötung menschlichen Lebens ist. Das geplante Beratungsgesetz kann dazu ein Beitrag sein. Die Bischöfe wiesen darauf hin, daß sie unbeschadet einer intensiveren Bewußtseinsbildung für das Ja zum Leben gesetzliche Maßnahmen für erforderlich halten, um entsprechend den Forderungen des Bundes-

verfassungsgerichts auch den rechtlichen Schutz für das ungeborene Kind zu verbessern.

Einigkeit bestand zwischen den Gesprächspartnern darüber, daß man den Lebensschutz in einem umfassenden Sinne sehen und darstellen müsse. Vor allem gelte es, einem weitverbreiteten Zukunftspessimismus entgegenzuwirken. Ein Ja zum Leben setze ein Ja zur Zukunft voraus.

Hinsichtlich der hohen Zahl der zu uns kommenden Aussiedler bestand Einigkeit darüber, daß alles getan werden müsse, um diese Menschen, die am schwersten unter den Folgen des Krieges gelitten hätten, bei uns bereitwillig aufzunehmen. Die Vertreter der Deutschen Bischofskonferenz wiesen auf die vielfältigen Hilfen hin, die bereits jetzt im Raume der Kirche zur Verfügung gestellt werden; so zum Beispiel leerstehende Häuser für die Unterbringung und kircheneigene Räume zur Erteilung von Sprachunterricht. Nach Ansicht der Gesprächspartner geht es aber nicht nur um materielle Hilfe; vor allem die jungen Menschen müßten erfahren, daß sie bei uns willkommen sind und aufgenommen werden. Es wurde vereinbart, über diese Frage im Gespräch zu bleiben.

Die europäische Einigung darf nach Ansicht beider Seiten nicht ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht nur als Einigung der westeuropäischen Staaten gesehen werden. Vielmehr müsse der europäische Gedanke offenbleiben für die anderen europäischen Länder und dürfe die kulturelle Vielfalt nicht vernachlässigen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1



Helmut Kohl

Der Kanzler
stärkt Frieden
und Sicherheit

Wirtschaft auf vollen Touren

Super '88

CDU
extra

**Deutsche
Mode
in der
Welt
begehrt**



Die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland steht in diesem Jahr vor neuen Rekorde.

Drei Prozent Wachstum erwartet.

Erste positive Wirkungen der Steuerreform. Bundesbürger sorgen für Umsatzplus im Einzelhandel bei weiter stabilen Preisen

Damit haben selbst die Fachleute nicht gerechnet: Die Wirtschaft in der Bundesrepublik

Bestell-Nr.: 2099, Mindestabn.: 250 Expl., Preis pro Mindestabn.: 25,- DM + MwSt.
Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

UID

33/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertreiber:** Telefon (02 28) 544-421.
Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,- DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.